

Postulat Fraktion BDP/CVP (Philip Kohli/Andrin Soppelsa, BDP): Willkommen im 21. Jahrhundert – Potential der bargeld- und kontaktlosen Zahlung prüfen!

Digitalisierung bedeutet Effizienz, bedeutet Vereinfachung – ist die Zukunft! Bargeldloses Zahlen ist im Trend, verschafft Kontrolle über die Ausgaben und ist, zumindest in den meisten Fällen, sicher. Durch den technologischen Fortschritt machen immer mehr Menschen auch mit kontaktlosem Bezahlen mit Kreditkarte/Postkarte positive Erfahrungen und wünschen deren Einsatz im Alltag.

Die Stadt Bern, als digital-affine Stadt mit E-Government-Strategie, sollte sich der Zukunft nicht verschliessen.

Darum wird der Gemeinderat aufgefordert:

1. Für das ganze Stadtgebiet zu prüfen, an welchen Standorten bzw. Einrichtungen inkl. der Stadtverwaltung bargeld- und kontaktlose Zahlung möglich wäre,
2. Insbesondere aufzuzeigen, wie diese Massnahmen in Parkhäusern umgesetzt werden können.

Bern, 10. November 2016

Erstunterzeichnende: Philip Kohli, Andrin Soppelsa

Mitunterzeichnende: Lionel Gaudy, Milena Daphinoff, Michael Daphinoff, Martin Mäder, Isabelle Heer, Hans Kupferschmid, Kurt Hirsbrunner

Antwort des Gemeinderats

Bargeldloses Bezahlen ist mittlerweile an vielen Standorten in städtischen Institutionen möglich, so beispielsweise im Tierpark Dählhölzli, den Berner Hallenbädern oder bei der Einwohnerkontrolle. Ebenso haben die öffentlichen Unternehmen der Stadt Bern (ewb und BERNMOBIL) bereits vor einiger Zeit Lösungen für den elektronischen Zahlungsverkehr eingeführt. Diverse Parkhäuser in der Stadt Bern bieten Bezahlmöglichkeiten mit Kredit- und Debitkarten an (siehe Detailangaben auf der Website www.parking-bern.ch). Das Bahnhofparking arbeitet an der Einführung von Twint (Bezahlkanal über eine mobile Applikation/Smartphone-App). Ob und wo sich die Einführung weiterer bargeldloser Bezahlösungen lohnt, hängt nicht zuletzt auch von den Umsätzen in den Parkhäusern ab. Diese sind möglicherweise nicht überall gross genug, um kostspielige Projekte durchführen zu können.

Für die Bezahlung von Parkgebühren auf Parkfeldern im öffentlichen Raum ausserhalb der Parkhäuser stellen sich teilweise zusätzliche Fragen im Zusammenhang mit Online-Zahlungslösungen: Insbesondere ist zu klären, wie die Kontrolle sichergestellt werden kann und wie im Rahmen der Kontrollen der Nummernschilder der Datenschutz gewährleistet werden kann. Solche Fragen bzw. die Bereitstellung entsprechender Lösungen haben auch im Projekt NewPaka, in dessen Rahmen die Online-Bezahlung von Parkkarten für die blauen Zonen vorbereitet wurde, im Abgleich mit der Kantonspolizei zu Verzögerungen geführt.

Für die Bezahlung von städtischen Dienstleistungen, welche von der Stadtverwaltung namentlich über die Homepage angeboten werden, wurde im Rahmen des Projekts E-Government-Basisinfrastruktur ein Online-ePayment-System evaluiert und eingeführt. Damit können Bezügerinnen und Bezüger städtischer Dienstleistungen, die online angeboten werden und mit der Bezahllösung verknüpft sind, die Gebühren mit den gängigen Kreditkarten und der Postcard bezahlen. Seit Anfang

November 2017 können über dieses Online-Bezahlsystem die Gebühren für Dienstleistungen im Zusammenhang mit Umzug und Wegzug sowie Anfragen zu Adressänderungen und -sperrungen beglichen werden (seit diesem Zeitpunkt werden die entsprechenden Dienstleistungen auch mit neuen, mit mobilen Geräten und barrierefrei benutzbaren Formularen publiziert). Neue E-Government-Services, die formularmässig entsprechend ausgestaltet sind, können dieses zentral im Einsatz stehende ePayment einfach anbinden. Es ist vorgesehen, dass in der ersten Hälfte 2018 auch die bestellten Anwohnerparkkarten auf diesem Weg online bezahlt werden können. Die Palette der Leistungen, deren Gebührenrechnungen online beglichen werden können, wird laufend erweitert, wo sich Gelgenheiten bieten.

Die Stadt Bern kann auch E-Rechnungen in Empfang nehmen. Seit 2017 wurden die Zahlungsprozesse mit verschiedenen Partnerfirmen auf E-Rechnung umgestellt, was den administrativen Aufwand intern erheblich verringert. Das Anbieten von E-Rechnungen konnte noch nicht umgesetzt werden, weil aktuell der Debitorenbestand zu heterogen ist. Ein aktuelles Projekt der Finanzverwaltung prüft, wie mit einer organisatorischen Lösung eine Harmonisierung der Debitorenstände erreicht werden kann.

Trotz der rasant fortschreitenden Digitalisierung in vielen Lebensbereichen muss eine öffentliche Verwaltung – jedenfalls noch während einer gewissen Zeit – weiterhin die bestehenden, analogen Kanäle anbieten. In vielen Fällen werden dadurch Projekte komplexer und deren Realisierung langwieriger. Wo die einzuführenden modernen Lösungen bei digital-affinen Kunden zu Effizienzsteigerungen führen können, sind diese für die Verwaltung vorübergehend oft mit Mehraufwand verbunden, da einerseits neue Technologien bzw. Kanäle eingeführt und betrieben, gleichzeitig aber bestehende Prozesse weitergeführt werden müssen.

Mit der Verabschiedung der Digitalstrategie hat der Gemeinderat deutlich gemacht, dass er die Stadtverwaltung (und damit die Bevölkerung) zeitnah an den Entwicklungen der Digitalisierung teilhaben lassen will, soweit dadurch Mehrwerte geschaffen werden können. Zu diesen Errungenschaften gehört zweifellos auch die Möglichkeit des bargeld- und kontaktlosen Bezahls. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die Stadt diese Bestrebungen lediglich innerhalb der (zentralen und dezentralen) Stadtverwaltung autoritativ unterstützen kann. Soweit private Anbieterinnen und Anbieter von Leistungen betroffen sind, ist es an diesen, im Rahmen ihrer Geschäftsmodelle die ihnen adäquat erscheinenden Zahlungsmöglichkeiten zu definieren.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 2. Mai 2018

Der Gemeinderat